

meine die Grundbesitzer, nicht mehr zu zahlen haben. Wie auch das Budget gewachsen ist, die Abgaben vom Grundbesitz sind nicht gestiegen, und diejenigen, welche hier wieder die Grundsteuer im Auge haben, mögen nicht gerade jetzt so sehr klagen, wo es einem Stande gilt, der, wie allgemein anerkannt ist, zu wenig hat, als daß er auskommen könnte. Dies im Vorbeigehen auf die Andeutung des Abg. v. Thielau. Was sodann die Rede des Abg. Scholze betrifft, so hatte sie hauptsächlich zum Zweck, die Unwahrheit der Petition des Superintendenten Grimm darzustellen. Nun habe ich aber schon vorhin erklärt, daß ich dem Abgeordneten in dieser Beziehung nicht beitreten kann. Ich habe erklärt, daß mir der Petent persönlich bekannt sei, und daß ich die Wahrheitsliebe desselben versichern könne. Dieses weiter angewendet auf die Aeußerung des Abgeordneten Scholze, so ist zuvörderst von ihm bemerkt worden, daß vor dem Volksschulgeseß Schullehrer aus dem Stande der Handwerker, abgedankter Soldaten und dergleichen, nicht vorhanden gewesen sein könnten, denn in der Oberlausitz habe sich keiner befunden, der nicht auf einem Seminar gebildet worden sei. Es ist dies, wenn es der Fall war, der Oberlausitz zu gönnen. Von allen übrigen Provinzen des Landes aber wird diese Behauptung nicht aufgestellt werden können; ich wenigstens kann dem Abgeordneten versichern, daß mir nicht nur zwei, vier und sechs Stellen bekannt sind, wo Schäfer, Steinmezzger, Schuhlicker und dergleichen als Schullehrer angestellt gewesen sind, sondern dreißig. Hat also der Petent von Leuten gesprochen, wie ich sie eben bezeichnet habe, mit denen die Schulstellen besetzt gewesen seien, so hat er keine Unwahrheit gesagt, und es ist falsch, wenn man ihn in dieser Beziehung der Unwahrheit bezüchtigt. — Wenn der Abgeordnete dann sagt, die Petitionen der Schullehrer wären nicht von ihnen ausgegangen, sondern ihnen gleichsam nur aufgedrungen worden, so habe ich darauf zu erwidern, daß, wenn auch eine große Zahl von Schullehrern mit Petitionen eingekommen sind, in welchen sie über ihre schlechte Lage klagen, man darum doch nicht sagen kann, daß sie Jemand im Lande darauf gebracht habe. Es wird ebenso wenig aus der Rede des Abg. Scholze von den Schullehrern abgenommen werden, daß sie ungeheuer im Glücke sitzen, als sie einem Andern geglaubt haben würden, unglücklich zu sein, wenn sie es nicht wirklich wären. — Der Abgeordnete meinte ferner, die Schullehrer brauchten nicht zu betteln, es komme ihnen schon ohnehin zu, was ihnen gebühre, sie erhielten auch wohl Geschenke. Nun mag es allerdings noch Leute geben, welche die Schullehrer beschenken. Aber es ist zweierlei dabei vorauszusetzen: einmal müssen die Leute selbst Etwas haben, und dann, wenn sie Etwas haben, müssen sie es auch geben wollen. Ich kann nun dem Abgeordneten versichern, daß nicht alle Gemeinden so in der Wollé sitzen, wie die Gemeinden, welche er im Auge haben muß. Es gibt Gemeinden, welche gern geben würden, aber nicht geben können. Ich kenne aber auch Gemeinden, welche wohl soviel haben, daß sie Geschenke geben könnten, aber dergleichen nicht geben wollen. — Der Abgeordnete meinte ferner, es sei nicht nöthig, daß der Schullehrer sich zu seiner Fortbildung Bücher anschaffe; in der Oberlausitz gebe es Lesevereine, damit könne

der Schullehrer zufrieden sein. Dergleichen Lesevereine bestehen nun zwar auch anderwärts; ich kann aber nicht zugestehen, daß diese Lesevereine zur Fortbildung der Schullehrer ausreichen. Ich glaube, der Abgeordnete hat auch nicht aus den Lesevereinen allein die Bildung geschöpft, welche ihm eigen ist. Er bringt fast in jeder Sitzung Citate, die er nicht allein aus den Büchern der Lesevereine hat, sondern er hat die Bücher zu seinen Beweisen oft selbst mit. — Es kann sein, daß irgend ein Städtichter seinen Sohn aus Liebhaberei oder aus sonst irgend einem Grunde als Knecht verbunden hat. Folgt aber daraus, daß sämtliche Schullehrer ihre Töchter als Mägde verdingen müssen? — Nun noch vom Nebenverdienste der Schullehrer, und das war eigentlich der Punkt, wo der Abgeordnete von Unwahrheit gesprochen, indem er die Behauptung der Petition, daß den Schullehrern der Nebenverdienst mangle, als Unwahrheit bezeichnet hat. Ein Abgeordneter, auch aus der Lausitz, hat bereits selbst darauf aufmerksam gemacht und zugegeben, daß den Lehrern auf dem Lande der Nebenverdienst mangle, und ich muß dieser Versicherung beitreten. Es kann sein, daß ein oder einige Dörfer existiren, wo sich der Schullehrer durch „Schreibereien“ noch Etwas erwirbt, in zehn, zwanzig, dreißig Dörfern aber ist diese Möglichkeit nicht gegeben. In den rauhen Dörfern des Voigtlands z. B., 4, 5 Stunden von einer Stadt entfernt, möchte ich wissen, für wen der Schullehrer schreiben sollte, wenn er sich einen solchen Nebenverdienst schaffen wollte. Die Leute dort haben Nichts zu schreiben, und wenn sie Etwas hätten, würde sich der Schullehrer davon auch nur eine schmale Kost erzeugen. — Der Abgeordnete schloß mit der Aeußerung: wenn man auf diese Weise in Petitionen aufträte, so hieße das die Pferde hinter den Wagen spannen, oder in der Uebersetzung: falsche Mittel anwenden, um zum Zwecke zu gelangen. Dieser Punkt hat mir einige Sorge bereitet. Ich glaube, daß der Abgeordnete, weil vielleicht die richtige Form in der Petition verfehlt ist, gegen den Antrag der Deputation stimmen will. Ich mache aber darauf aufmerksam, daß nicht dem Petenten gewährt werden soll, was die Deputation vorgeschlagen hat, sondern den armen Schullehrern, und daß es ein übler Grund wäre, wenn man bloß deshalb, weil in der Petition eines Dritten eine falsche Form gewählt worden wäre, die nun denen, die unserer Hülfe bedürftig sind, entgelten lassen wollte. Ich hoffe also nochmals, daß man bei dieser Petition, die, wie ich gezeigt habe, keineswegs auf Unwahrheiten beruht, von der Form absehen und der Deputation daher unbedingt beitreten werde.

Abg. Scholze: Ich bitte ums Wort zur Widerlegung. Obgleich ich nicht im Stande bin, dem Abgeordneten in seiner Rede ganz zu folgen, was auch nicht nöthig sein möchte, so muß ich mir doch einige Worte erlauben. Zuvörderst meint er, daß nicht von der Grundsteuer die Rede sein könnte, und die Sache der Grundsteuer Nichts anginge, indem schon Vieles bewilligt worden und die Grundsteuer doch nicht gestiegen wäre. Damit ist aber nicht ausgesprochen, daß es immer so bleiben kann. Es darf nur die Gewerbesteuer, wozu wir jetzt die besten Aussichten haben, bedeutend in Wegfall kommen, dann kommt es schon noch